

WOLFGANG MUELLER

Osteuropa vom Zweiten Weltkrieg zur Jahrtausendwende: Einleitung

Der vorliegende Band entstand aus einer Veranstaltungsreihe, die von der Historischen Kommission der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) mit dem Ziel durchgeführt wurde, junge Historiker aus Mittel- und Osteuropa zur Präsentation, Diskussion und Publikation ihrer aktuellen Forschungsprojekte und -ergebnisse zu versammeln. Eines dieser „Ateliers Geschichte“ war Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg gewidmet. Nachträglich ergänzt durch Einzelbeiträge, fand es Eingang in den vorliegenden Band. Ohne in die aktuelle Diskussion zur Definition Ost(mittel)europas¹

¹ Nach wie vor grundlegend für eine Gliederung der europäischen historischen Räume: Oskar Halecki, *The Limits and Divisions of European History* (New York 1950); Jenő Szűcs, *Die drei historischen Regionen Europas* (Frankfurt 1990). Zur inneren Unterteilung der „vier großen Regionen der osteuropäischen Geschichte“: Klaus Zernack, *Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte* (München 1977) 31–66. Zu den historiographischen Konsequenzen der Wende von 1989 und als Anregung zur gesamteuropäischen Sicht: Jürgen Kocka, *Das östliche Mitteleuropa als Herausforderung für eine vergleichende Geschichte Europas*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 49 (2000) 2, 159–174; als gesamteuropäische Synthese siehe zuletzt: Tony Judt, *Postwar. A History of Europe Since 1945* (New York 2005). Zur aktuellen Ost(mittel)europa-Diskussion: Wolfgang Schmale, *Wie europäisch ist Ostmitteleuropa?*, in: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2006-05-003>; und: Manfred Hildermeier, *Wo liegt Osteuropa und wie gehen wir mit ihm um?*, in: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2006-05-002>. Vgl. Stefan Troebst, *Was sind Kulturstudien Ostmitteleuropas?*, in: ders. (Hg.), *Kulturstudien Ostmitteleuropas. Aufsätze und Essays* (Gesellschaften und Staaten im Epochenwandel II, Frankfurt 2006) 15–26 hier 18–21, der die „Viskosität“ bzw. den „fluktuierenden“ Charakter des im Deutschen vielfältigen Ostmitteleuropa- (Mittelosteuropa-, Zentraleuropa- etc.) Begriffs betont; sowie zur Frage der ost(mittel)europäischen Geschichtsregion: ders., *What’s in a Historical Region? A Teutonic Perspective*, in: ebenda 233–250. Angesichts der Teilung Europas 1945 bis 1989 folgt der vorliegende Band der Definition Osteuropas als historische Einheit der zwischen Deutschland und der UdSSR gelegenen Staaten unter sowjetisch/kommunistischer Dominanz. Dieter Segert, *Die Grenzen Osteuropas. Drei Versuche im Westen anzukommen* (Frankfurt 2002) 11. Für die Zeit nach der Wende wird der Begriff „Ostmitteleuropa“ angewandt. Charles Gati, *East-Central Europe. The Morning After*, in: *Foreign Affairs* 69 (1990) 5, 129–145.

oder gar Europas und seiner Grenzen² eingreifen zu wollen, behandelt er ausgewählte Aspekte der Politik-, Alltags-, Kultur- und Geistesgeschichte jenes Raumes, der in der Endphase des Zweiten Weltkrieges von der Roten Armee befreit bzw. besetzt, unter sowjetisch/kommunistische Herrschaft gebracht sowie „sowjetisiert“ wurde und sich seit der Wende in wirtschaftlicher sowie politischer Hinsicht wieder deutlich an Westeuropa angenähert hat. Mehrere Aufsätze stellen Zusammenfassungen von Forschungsergebnissen dar, andere hingegen Exposés für zukünftige Projekte. Gemeinsam ist ihnen, dass sie nach der teilweisen Archivöffnung in Osteuropa neu zugänglich gewordene Dokumente erschließen und auswerten. Dass ein Sammelband wie der vorliegende als Resultat gegenseitigen Kennenlernens junger Wissenschaftler und ohne nähere thematische Vorgaben keinen Anspruch auf erschöpfende Behandlung der Gesamtheit des Themas³ erheben kann, bedarf keiner Erläuterung. Dennoch versucht er, den Zeitraum von etwa fünfzig Jahren, in deren Verlauf die Staaten und Menschen des Raumes Nationalismus, Diktatur, Fremdherrschaft, Krieg, Holocaust, Kommunismus und schließlich dessen Ende durchlebten, mittragen oder erlitten, anhand ausgewählter Fragestellungen durch einzelne Schlaglichter zu erhellen.

Die gemeinsame Veröffentlichung derartiger Teilergebnisse scheint umso mehr gerechtfertigt, als in deutscher Sprache seit einem Vierteljahrhundert keine Monographie zur Geschichte Osteuropas nach 1945 mehr erschienen ist. In ihren ersten Jahrzehnten hatte sich die einschlägige Forschung anhand von offiziellen Publikationen, Zeugenaussagen und Zeitungsmeldungen, jedoch ohne Zugang zu Archivdokumenten vor allem um eine Rekonstruktion der „Sowjetisierung“ des als monolithisch perzipierten „Ostblocks“ bemüht⁴. Nach der Teilöffnung osteuropäischer Archive und der

² Bronislaw Geremek, Europa – aber wo liegen seine Grenzen?, in: Bergedorfer Gesprächskreis 104 (1995) 8–14; Holm Sundhaussen, Hans-Joachim Torke, Klaus Segbers (Hgg.), Was ist Europa? (Berlin 1998). Zur Analyse eines weniger und gleichzeitig mehr als „den Westen“ umfassenden Europa-Begriffes: Gerald Stourzh, Statt eines Vorworts: Europa, aber wo liegt es?, in: ders. unter Mitarbeit von Barbara Haider und Ulrike Harat (Hg.), Annäherungen an eine europäische Geschichtsschreibung (Archiv für österreichische Geschichte 137, Wien 2002) IX–XX. Vgl. Wo sind die Grenzen Europas, in: Politische Studien 405 (2006) 21–71.

³ Für einen Fragenkatalog siehe: Ferenc Glatz, Vergleichende Untersuchung der Länder der sowjetischen Zone, in: ders. (Hg.), Die Geschichte des Ostblocks 1945–1990 (Budapest 1998) 9–25; für einen Periodisierungsvorschlag: Attila Pók, Zum Problem der Periodisation der Geschichte der Ostblockländer, in: ebenda 49–53.

⁴ Hugh Seton-Watson, Die osteuropäische Revolution (München 1956); Ernst Birke, Rudolf Neumann (Hg.), Die Sowjetisierung Ost-Mitteleuropas (Berlin 1959); Zbigniew Brzezinski, Der Sowjetblock. Einheit und Konflikt (Köln 1962); François Fejtö, Die Geschichte der Volksdemokratien (Graz 1972); Jens Hacker, Der Ostblock. Entstehung, Entwicklung, Struktur 1939–1980 (Baden-Baden 1983). Zu Methoden- und Quellenfra-

Aufarbeitung zahlreicher neu entdeckter Schlüsseldokumente, die in vieler Hinsicht bisherige Kenntnisse bestätigen⁵, aber auch modifizieren und insbesondere die blockinternen Konflikte offenlegen, sind mehrere Synthesen in englischer Sprache erschienen⁶, ein vergleichbares Werk in deutscher Sprache steht jedoch noch aus. Ferner liegen mehrere seit seinem Zusammenbruch in Osteuropa erschienene Kommunismusstudien⁷ vor.

Der polnisch-amerikanische Historiker Piotr Wandycz bezeichnet die Jahrzehnte vom Zweiten Weltkrieg bis zur Wende als Zeit der Unfreiheit für Osteuropa: durch die deutsche Besetzung und den Vernichtungskrieg schwer getroffen, seien die Völker bald unter ein neues Joch geraten⁸. In der Tat erfolgte die Unterwerfung Osteuropas unter sowjetischen Einfluss und kommunistische Herrschaft nach 1945 vor dem Hintergrund tiefer sozioökonomischer Umwälzungen, welche der Krieg und seine Folgen mit sich gebracht bzw. ermöglicht hatten. Die Ermordung der Juden im und die Vertreibung der Deutschen nach dem Krieg stellten schwerwiegende Eingriffe in die ethnischen Grundlagen Osteuropas dar, dessen Bevölkerungskarte in der Zwischenkriegszeit von (angesichts des vorherrschenden Nationalismus und Antisemitismus nicht unproblematischen) Gemengelagen und der Anwesenheit zahlreicher Minderheiten geprägt gewesen war⁹.

gen vor der Archivöffnung: Bernd Bonwetsch (Hg.), *Zeitgeschichte Osteuropas als Methoden- und Forschungsproblem* (Osteuropaforschung 13, Berlin 1984).

⁵ John Lewis Gaddis, *We Now Know. Rethinking Cold War History* (Oxford 1997) 281–294; Vojtech Mastny, *The Cold War and Soviet Insecurity. The Stalin Years* (New York 1996) 7–9; sowie die Publikationen des Cold War International History Project <http://cwhip.si.edu>.

⁶ Joseph Rothschild, *Return to Diversity. A Political History of East Central Europe Since World War II* (New York 1993); Paul G. Lewis, *Central Europe Since 1945* (London 1994); Ivan T. Berend, *Central and Eastern Europe 1944–1993. Detour from the Periphery to the Periphery* (Cambridge 1996); R. J. Crampton, *Eastern Europe in the Twentieth Century – and After* (London 1997).

⁷ François Furet, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert* (München Sonderausg. 1998); Jerzy Holzer, *Der Kommunismus in Europa. Politische Bewegung und Herrschaftssystem* (Frankfurt 1998); Gerd Koenen, *Utopien der Säuberung. Was war der Kommunismus?* (Frankfurt 2000).

⁸ Piotr Wandycz, *Die Freiheit und ihr Preis* (Wien 1993) 77. Vgl. Dietrich Beyrau, *Schlachtfeld der Diktatoren. Osteuropa im Schatten von Hitler und Stalin* (Göttingen 2000) 125: „Die Tragödie Ostmitteleuropas bestand nicht nur darin, Opfer der [nationalsozialistischen] Aggression geworden, sondern auch darin, nach der deutschen Niederlage in die Hegemonialosphäre der UdSSR geraten zu sein.“ In Beyraus Opferbilanz scheinen allerdings jene der sowjetischen Herrschaft in Osteuropa nach 1945 nicht auf.

⁹ Lewis, *Central Europe* 28–31; 51. Vgl. Stephan M. Horak (Hg.), *Eastern European National Minorities 1919–1980. A Handbook* (Littleton 1985); Ferenc Glatz, *Minderheiten in Ost-Mitteuropa. Historische Analyse und politischer Verhaltenskodex* (Buda-

Den Rahmen des vorliegenden Bandes bilden daher zwei Beiträge zum Schicksal jüdischer Einzelpersonen und Gemeinden, deren Gesamtumfang durch den Holocaust in Polen von drei Millionen auf 600.000 und in Ungarn sowie Rumänien um etwa 50 Prozent dezimiert wurde. In ihrem Aufsatz über die Juden von Klausenburg (Kolozsvár/Cluj) 1940 bis 1944 zeigt *Holly Case*, dass die Behörden Ungarns, dem die Stadt mit ungarischer, deutscher, rumänischer, jüdischer, armenischer und Roma-Bevölkerung im Zweiten Wiener Schiedsspruch 1940 zuerkannt worden war, die Identität der jüdischen Bevölkerung von Fall zu Fall neu definierten, sie als Ungarn betrachtete, wenn es galt, auf statistischem Weg eine ungarische Mehrheit zu untermauern, sie aber als Juden diskriminierte, sobald der Numerus clausus implementiert wurde. Die Betroffenen wiederum hatten zwischen Selbstmagyarisierung, Assimilation, Kommunismus, betontem Judentum, Zionismus und zahlreichen Zwischenstadien und Mehrfachidentitäten zu wählen, wobei die Entscheidung durchaus temporären Charakter haben konnte. Spätestens seit der Besetzung durch die deutsche Wehrmacht war ihnen aber kaum mehr möglich, zwischen ihren Identitäten zu „navigieren“.

Die jüdische Identität der überwältigenden Mehrzahl der Opfer des Holocaust wurde unter kommunistischer Herrschaft lange verdrängt. Gedacht wurde in den ersten Nachkriegsjahrzehnten der sowjetischen, rumänischen, polnischen, nicht aber der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus¹⁰. In Bezug auf die „ethnische Säuberung“ Osteuropas vollendeten die Nachkriegsregimes – auf grundlegend andere Art –, was die deutsche Besatzung begonnen hatte – durch Vertreibung der deutschen und Assimilierung der jüdischen Volksgruppe sowie durch eine Neuverteilung oder Verstaatlichung von deren materiellen Hinterlassenschaften¹¹.

pest 1993); Arnold Suppan, Jugoslawien und Österreich 1918–1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld (Wien 1996) Karte 1. Zum Folgenden: Berend, *Central and Eastern Europe* 5.

¹⁰ Ilja Ėrenburgs 1946 vollendetes „Schwarzbuch“ über die Ermordung sowjetischer Juden durch die NS-Besatzung durfte in der UdSSR erst 1991 erscheinen. Arlen V. Bljum, *Evrejskij vopros pod Sovetskoj cenzuroj 1917–1991* [Die jüdische Frage unter sowjetischer Zensur] (St-Peterburg 1996) 93. Das bereits 1961 vom Dichter Evgenij Evtušenko geforderte Denkmal für die Opfer des Massakers in Babyn Jar wurde erst 1976 für die „ermordeten Bürger der Stadt und Kriegsgefangenen“ errichtet. William Korey, *Anti-Semitism and the Treatment of the Holocaust in the USSR/CIS*, in: Randolph L. Braham (Hg.), *Anti-Semitism and the Treatment of the Holocaust in postcommunist Eastern Europe* (New York 1994) 207–224 hier 212. Vgl. Zvi Gitelman (Hg.), *Bitter legacy. Confronting the Holocaust in the USSR* (Bloomington 1997). Zu Osteuropa siehe die Beiträge zur Konferenz: „Overlapping Histories, Conflicting Memories. Holocaust and Remembrance in Central and Eastern Europe“ (Wien, 24.–25. April 2006) www.oecaw.ac.at/kkt/archiv/konf/k_200604.pdf.

¹¹ Judt, *Postwar* 35–40. Vgl. Hans Lemberg (Hg.), *Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg*

Bereits während des Krieges hatte Stalin keinen Zweifel darüber gelassen, dass er Osteuropa als zukünftiges sowjetisches Glacis betrachtete. Im Gespräch mit dem britischen Außenminister Anthony Eden am 16. Dezember 1941 in Moskau war er mit dem Vorschlag angetreten, Großbritannien und die Sowjetunion sollten ihre Einflusssphären in Europa einvernehmlich abstecken¹². Sein Territorialanspruch entsprach etwa den zwischen ihm und Hitler 1939 festgelegten Grenzen. „Im östlichen Teil Europas“ sollte die Sowjetunion den Status einer Schutzmacht genießen, Militärbasen unterhalten und „sowjetfreundliche“ Regierungen einsetzen. Insbesondere die letztere Strategie, welche aus sowjetischer Sicht die Etablierung starker kommunistischer Positionen implizierte, und die immer offenkundigere Absicht Stalins, allen von der Roten Armee besetzten Gebieten „sein eigenes gesellschaftliches System auf[zuerlegen]“¹³, sollte in den letzten Kriegsmonaten zu interalliierten Konflikten über die Bildung provisorischer Nachkriegsregierungen in den osteuropäischen Staaten führen.

Den in der Endphase des Zweiten Weltkrieges und den ersten Nachkriegsmonaten eingeleiteten politischen und juristischen Abrechnungen sowie ethnischen und wirtschaftlichen Umwälzungen, welchen eine Schlüsselfunktion in der Etablierung der kommunistischen Machtposition zukam, sind zwei Fallstudien gewidmet. *Michael Portmann* weist in seinem Beitrag zur Machtdurchsetzung in Jugoslawien darauf hin, dass der Partisanenkampf gegen die deutsche Besatzung von Anfang an auch Züge eines revolutionären Bürgerkrieges trug und spätestens ab 1944 alle, die in diesem

(Marburg 1991) 357–366 hier 358f. Als Auswahl aus der aktuellen Forschung zum Komplex der „ethnischen Säuberung“ im 20. Jahrhundert: Wolfgang Höpken (Hg.), *Zwangsmigrationen in Mittel- und Südosteuropa* (Comparativ 6, Leipzig 1996); Philipp Ther, Ana Siljak (Hgg.), *Redrawing Nations. Ethnic Cleansing in East-Central Europe, 1944–1948* (Lanham 2001); Cathie Carmichael, *Ethnic Cleansings in the Balkans. Nationalism and the destruction of tradition* (London 2002); Steven Béla Várdy, T. Hunt Tooley (Hgg.), *Ethnic Cleansing in Twentieth-Century Europe* (Boulder 2003); Norman M. Naimark, *Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert* (München 2004); Arno Surminski (Hg.), *Flucht und Vertreibung. Europa zwischen 1939 und 1948* (Hamburg 2004); Bernd Faulenbach, Andreas Helle (Hgg.), *Zwangsmigration in Europa. Zur wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung um die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten* (Essen 2005); Katharina Klotz, Doris Müller-Toovey, Wilfried Rogasch (Hgg.), *Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts* (o.O. 2006). Einen Überblick über einen größeren Zeitraum versucht: Sylvia Hahn, Andrea Komlosy, Ilse Reiter (Hgg.), *Ausweisung – Abschiebung – Vertreibung in Europa 16.–20. Jahrhundert* (Querschnitte 20, Innsbruck 2006).

¹² Albert Resis, *Spheres of Influence in Soviet Wartime Diplomacy*, in: *Journal of Modern History* 53 (1981) 417–439 hier 431f. Die sowjetisch-deutschen und sowjetisch-britischen Einflusssphärenregelungen als Ausgangspunkt für die Nachkriegsgeschichte Osteuropas betont: Hacker, *Der Ostblock XXIf*.

¹³ Milovan Djilas, *Gespräche mit Stalin* (Frankfurt 1962) 146.

Konflikt nicht auf Seiten Titos standen, damit rechnen mussten, als „Volksfeinde“ vor Gericht gestellt oder ohne Verfahren hingerichtet zu werden. Rund 110.000 jugoslawische Tito-Gegner fielen zwischen Oktober 1944 und Anfang 1946 der „Säuberung“, welche einerseits die Systemtransformation wesentlich beschleunigte, andererseits aber zu einer Hypothek Jugoslawiens bis in die neunziger Jahre werden sollte, zum Opfer. Die Anklage, „Faschist“ oder „Kollaborateur“ gewesen zu sein, leitete solchermaßen in allen osteuropäischen Staaten nicht nur die Abrechnung mit den Verbrechen der NS-Herrschaft und ihrer Verbündeten ein, sondern wurde von Anbeginn auch als Mittel zur Umformung der Gesellschaft und gezielten Schwächung, wenn nicht Beseitigung, jener gesellschaftlichen Schichten eingesetzt, die man als Rückhalt gegnerischer Kräfte vermutete¹⁴.

Nicht nur die Diskreditierung potenzieller Gegner mittels des Vorwurfs der Kollaboration und deren Marginalisierung und gewaltsame Beseitigung ebneten den Weg zur Etablierung kommunistischer Macht, sondern auch die Gewinnung neuer Anhänger durch Verteilung beschlagnahmten Eigentums ehemaliger Kontrahenten und Vertriebenen. In den meisten osteuropäischen Staaten bildete die Landvergabe, war der Boden nun vertriebenen Deutschen oder einheimischen Großgrundbesitzern entzogen worden, einen Schritt zur Schaffung neuer Loyalitäten¹⁵. In Polen wurden die Ländereien von acht Millionen ausgesiedelten Deutschen, in Ungarn ein Drittel der gesamten Ackerfläche, in Rumänien 1,4 Millionen Hektar umverteilt. Insgesamt 10 bis 15 Millionen Menschen wurden neu angesiedelt. Die in Potsdam im August 1945 von den Alliierten abgesegnete Vertreibung von knapp drei Millionen Sudetendeutschen bildete, wie *Adrian von Arburg* vor Augen

¹⁴ In Bulgarien wurden 2.138 Generäle, hohe Offiziere, und Regierungsmitglieder hingerichtet, in Ungarn 60.000 Funktionäre entlassen. Berend, *Central and Eastern Europe* 4. Vgl. Klaus-Dietmar Henke, Hans Woller (Hgg.), *Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg* (München 1991). Osteuropa wird anhand Ungarns und Kroatiens abgehandelt. Ungarn und Polen werden behandelt in: István Deák, Jan T. Gross, Tony Judt (Hgg.), *The Politics of Retribution in Europe. World War II and its Aftermath* (Princeton 2000); Polen, Ungarn und die DDR in: Claudia Kuretsidis-Haider, Winfried Garscha (Hgg.), *Keine „Abrechnung“. NS-Verbrechen, Justiz und Gesellschaft in Europa nach 1945* (Leipzig/Wien 1998). Siehe ferner die Länderstudien: Benjamin Frommer, *National Cleansing. Retribution against Nazi collaborators in postwar Czechoslovakia* (Cambridge 2005); Tomáš Staněk, *Verfolgung 1945. Die Stellung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien (außerhalb der Lager und Gefängnisse)* (Wien 2002); Michael Portmann, *Kommunistische Abrechnung mit Kriegsverbrechern, Kollaborateuren, „Volkfeinden“ und „Verrätern“ in Jugoslawien während des Zweiten Weltkriegs und danach (1943–1950)* (Dipl. Wien 2002).

¹⁵ Helga Schultz (Hg.), *Bevölkerungstransfer und Systemwandel. Ostmitteleuropäische Grenzen nach dem Zweiten Weltkrieg* (Berlin 1998); Arnd Bauerkämper (Hg.), *„Junker-*

führt, den Startschuss für die größte Binnenmigration in der Geschichte der böhmischen Länder: über 25 Prozent aller Tschechen erhielten Land in den ehemals mehrheitlich von Deutschen bewohnten Gebieten der Tschechoslowakei. Eigentliche „Gewinnerin“ der Umverteilung war die Kommunistische Partei, die es am besten verstand, die Neuverteilung des Landes als ihr Verdienst zu präsentieren, und bei den Wahlen im Mai 1946 in den Grenzregionen die absolute Stimmenmehrheit errang.

In den Jahren 1945 bis 1947/48 besaßen die meist mit sowjetisch approbierten Direktiven aus dem Moskauer Exil zurückgekehrten kommunistischen Parteien aber noch kein Machtmonopol, sondern verfolgten auf Weisung des Kreml eine an die Vorkriegsbeschlüsse der Komintern angelehnte Koalitionstaktik, die gleichzeitig „demokratisch aussehen“, einen vorzeitigen Konflikt mit dem Westen verhindern, die momentane Schwäche der nationalen kommunistischen Parteien kaschieren und ihnen dennoch die wichtigsten Schaltstellen einräumen sollte¹⁶. Die Vorgangsweise in den einzelnen Staaten war ähnlich, das Tempo der Machtübernahme und auch die Namen der Koalitionen variierten: Nationale Front, Volksfront, Vaterländische Front, Patriotische Front, Nationale Unabhängigkeitsfront, Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien, Freiheitsfront. Die nominelle Führungsposition wurde meist Nichtkommunisten überlassen, doch sorg-

land in Bauernhand“? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone (Stuttgart 1996); Ulrich Kluge (Hg.), Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der „sozialistischen Landwirtschaft“ in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre (Baden-Baden 2001); Ágnes Tóth, Das Zusammenwirken von Bodenreform, Binnenmigration und Aussiedlung der Deutschen im Jahre 1945/46, in: Gerhard Seewann (Hg.), Migrationen und ihre Auswirkungen. Das Beispiel Ungarn 1918–1995 (München 1997) 115–126; Andreas R. Hofmann, Die Nachkriegszeit in Schlesien. Gesellschafts- und Bevölkerungspolitik in den polnischen Siedlungsgebieten 1945–1948 (Köln 2000); Heinrich Mrowka, Bodenreform und Kollektivierung als Instrumente der Integration nationaler Minderheiten in Polen, in: Hans Lemberg (Hg.), Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg (Marburg 1991) 240–255; Bernadetta Nitschke, Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949 (München 2003). Für Jugoslawien liegt eine faktographisch zuverlässige, aber politisch unkritische ältere Darstellung vor: Nikola L. Gaćeša, Agrarna reforma i kolonizacija u Jugoslaviji 1945–1948 [Agricultural reform and colonization in Yugoslavia] (Novi Sad 1984).

¹⁶ „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ KPD-Generalsekretär Walter Ulbricht 1945, zitiert nach: Wolfgang Leonhard, Die Revolution entlässt ihre Kinder (Köln 2001) 440. Zur Nationalfronttaktik: Mastny, *The Cold War* 25; Edward Mark, *Revolution by Degrees. Stalin's National-Front Strategy 1941–1947* (Cold War International History Project Working Paper 31, Washington 2001); Stefan Kreuzberger, Manfred Görtemaker (Hgg.), *Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949* (Paderborn 2002) 442f.

ten Moskau-treue Parteigänger in Polizei, Landzuteilungsbehörde, Propagandaressort und anderen Schlüsselfunktionen dafür, dass die Regierungspolitik eine immer deutlichere kommunistische Handschrift trug.

Ein Ziel der Politik mochte zweifellos eine gerechtere Besitzverteilung sein. Alterspensionen, Krankenversicherung, verbesserte Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen wurden erstmals breiteren Bevölkerungsschichten zuteil¹⁷. Auf der anderen Seite standen Enteignungs- und Entmachtungsmaßnahmen gegen die alten Eliten, darunter die katholische Kirche. Noch vor Beginn der offen kirchenfeindlichen Politik waren die Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und dem Vatikan, dargestellt von *Emilia Hrabovc*, nicht nur von der Vergangenheit, etwa der Anerkennung der Slowakei durch den Heiligen Stuhl 1939, und gegenseitigem Misstrauen überschattet. Bald kamen neue Belastungen wie die Hinrichtung des ehemaligen slowakischen Staatschefs Prälat Jozef Tiso und die Konfiskation kirchlichen Eigentums hinzu. Ähnliche Beschlagnahmen waren bereits seit 1945 in Rumänien und Bulgarien erfolgt, ab 1947 wurde die katholische Kirche in Ungarn in ihrer Aktivität eingeschränkt, Ende 1948 folgte die Verhaftung Kardinal József Mindszenty mit anschließendem Schauprozess, 1953 bis 1956 war der polnische Primas Stefan Wyszyński inhaftiert¹⁸.

Die schrittweise Ausdehnung der kommunistischen Machtposition spiegelte sich im Übergang von Volksfrontregierungen über Scheinkoalitionen hin zu KP-Regimes wider¹⁹. Wahlen wurden beeinflusst, gefälscht oder ignoriert, konkurrierende Parteien absorbiert, gleichgeschaltet oder unterdrückt, widerspenstige Politiker verhaftet, gefoltert, ins Exil getrieben oder gewaltsam zum Schweigen gebracht. Wo die einheimischen prosovjatischen Kräfte zu schwach waren, halfen die sowjetischen Vertreter in der jeweiligen Alliierten (Sowjetischen) Kontrollkommission, (Geheimdienst-) Offiziere und Diplomaten nach. Die Sowjetisierung begann. Der Westen, der nach Anerkennung der Regierungen und Ratifikation der Friedensverträge kein Druckmittel mehr besaß, fügte sich und beschränkte seine Gegenmaßnahmen auf Proteste und Propaganda²⁰.

¹⁷ Berend, *Central and Eastern Europe* 20; 165–169.

¹⁸ Gabriel Adriányi, *Geschichte der Kirche Osteuropas im 20. Jahrhundert* (Paderborn 1992); Jonathan Luxmoore, Jolanta Babiuch, *The Vatican and the Red Flag. The Struggle for the Soul of Eastern Europe* (New York 1999) 63–77. Vgl. Hartmut Lehmann, Jens Holger Schjöring (Hgg.), *Im Räderwerk des „real existierenden Sozialismus“*. Kirchen in Ostmittel- und Osteuropa von Stalin bis Gorbatschow (Göttingen 2003).

¹⁹ Siehe das Drei-Phasen-Modell in: Seton-Watson, *Die osteuropäische Revolution* 159f.

²⁰ Donal O’Sullivan, *Stalins „Cordon sanitaire“*. Die sowjetische Osteuropapolitik und die Reaktionen des Westens 1939–1949 (Paderborn 2003) 388f. Vgl. Rothschild, *Return* 118.

Während die Beziehungen der osteuropäischen Staaten zur Außenwelt zunehmend schwieriger wurden und schließlich nach der von Moskau erzwungenen Ablehnung des Marshall-Planes sowie der Berlin-Blockade zum Erliegen kamen, wurden die Staaten des entstehenden Ostblocks von „Sowjetberatern“ durchsetzt und durch ein rasch wachsendes Netz bilateraler Freundschafts- und Beistandsverträge, gemischter Aktiengesellschaften und zuletzt auch multilateraler Organisationen (1947 Kominformbüro²¹, 1949 Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe²², 1955 Warschauer Pakt²³) an Moskau gebunden. Innerhalb des primär mit informellen Mitteln zusammengehaltenen Blockes entwickelten sich neue, vom „Stalinismus als System kommunistischer Staatenbeziehungen“²⁴ bestimmte Formen bilateraler politischer Verhältnisse: der „proletarische Internationalismus“, demgemäß alle kommunistischen Parteien die führende Autorität Moskaus zu akzeptieren hatten, und später die „brüderliche Zusammenarbeit“ der Volksdemokratien. Welchen Spielraum die nationalen Kommunisten bei der Festlegung ihres Kurses besaßen, wann sie sich dem Kreml unterzuordnen hatten und unter welchen Bedingungen es ihnen gelang, den großen Bruder zu beeinflussen oder gar zu instrumentalisieren, untersucht *Wolfgang Mueller* in drei Fallstudien zum Verhältnis zwischen der österreichischen KP und Moskau. Dabei zeigt sich, dass der Schwanz manchmal mit dem Hund we-

²¹ Grant Adibekov, *Das Kominform und Stalins Neuordnung Europas* (Frankfurt 2002).

²² „In Betrieb genommen“ wurde der RGW erst Mitte der fünfziger Jahre. Die Hintergründe der RGW-Gründung sind noch unklar. Möglicherweise sollte er als Verhandlungsmaterial dienen, um eine Auflösung westlicher Organisationen zu erreichen. Lewis, *Central Europe* 207f. Eine annotierte Bibliographie bietet: Jenny Brine, *Comecon. The Rise and Fall of an International Socialist Organization* (Oxford 1992). Vgl. die älteren Arbeiten: Renate Damus, *RGW. Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Osteuropa* (Opladen 1979); Adam Zwass, *Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe 1949 bis 1987. Der dornige Weg von einer politischen zu einer wirtschaftlichen Integration* (Wien 1988).

²³ Neue Arbeiten vermuten, dass der Pakt neben einer Legitimierung der sowjetischen Hegemonie und Truppenstationierungen in Osteuropa anfangs als Tauschobjekt dienen sollte, um die NATO „wegzuverhandeln“. Der Ausbau zur politisch-militärischen Organisation und Übergang zu einer offensiven und nuklearen Militärdoktrin fanden erst infolge der Berlin-Krise statt. Vojtech Mastny, Malcolm Byrne (Hgg.), *A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact* (Budapest 2005) 2–4; 15–21; Frank Umbach, *Das rote Bündnis. Entwicklung und Zerfall des Warschauer Paktes 1955 bis 1991* (Berlin 2005) 117–121.

²⁴ Zbigniew Brzezinski, *Der Sowjetblock. Einheit und Konflikt* (Köln 1962) 126–158. Als Charakteristikum nennt Brzezinski die formalrechtlich nicht festgelegte „Priorität des Politischen und der Sowjetinteressen“, als Mechanismen informeller sowjetischer Kontrolle die meist bilateralen „Konsultationen“ zwischen den osteuropäischen Parteiführern und dem Kreml, die Überwachung durch Sowjetbotschafter oder „Berater“, den Kontakt zwischen Parteorganen, die Durchsetzung bzw. Lenkung der Staats- bzw. Polizeiapparate und schließlich die Abschottung nach außen.

deln durfte – aber nur, wenn (um beim Bild zu bleiben) nicht der Knochen auf dem Spiel stand. Dies war aber im Februar 1948 offenbar der Fall, als der Kreml – wohl aus Scheu vor einem neuen Konflikt auf einem überdies unwichtigen Nebenschauplatz – eine von der KPÖ angedachte Ost-West-Teilung Österreichs ablehnte.

Mit der wenig später erfolgten Machtübernahme in Prag 1948 waren alle Staaten Osteuropas fest in kommunistischer Hand. Die Partei kontrollierte Politik, Wirtschaft, Kultur²⁵. Selbst die Sonne ging – laut einem in Ostdeutschland verbreiteten Spottvers – „nur auf Bitte und unter Führung der SED auf und wieder unter“²⁶; die Rolle der Volksvertretung wurde hingegen durch nichts treffender veranschaulicht als durch die Lage des tschechoslowakischen Parlamentsgebäudes direkt zwischen dem Theater und einem Museum²⁷. Der Wiederauf- bzw. Umbau unter kommunistischem Vorzeichen und nach sowjetischem Modell, (Schwer-)Industrialisierung, Verstaatlichung, Kollektivierung und Planwirtschaft prägten das Wirtschaftsleben²⁸. Eines der zahllosen in Osteuropa aus dem Boden gestampften Schwerindustriekombinate war Sztálinváros (Stalinstadt), die erste „sozialistische Stadt“ in Ungarn, deren Aufbau und Alltag *Sándor Horváth* beschreibt. Die neuen Wohnblocks wurden von urbanisierten Arbeiterfamilien mit berufstätigen Frauen²⁹ bevölkert; der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten in Ungarn fiel zwischen 1950 und 1960 von 49 auf 37 Prozent, wo-

²⁵ Dies gilt für die Führungspartei sowohl in Einpartei- als auch formalen Mehrparteiensystemen wie der DDR, Polen und Bulgarien. Leslie Holmes, *Communist and Post-Communist Systems*, in: Mary Hawkesworth, Maurice Kogan (Hgg.), *Encyclopedia of Government and Politics* (London 2002) 223–238 hier 226.

²⁶ Bericht des Leiters der Propagandaverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) Tjul’panov an die Kommission des ZK der KPdSU zur Prüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung, 16. September 1946, in: Bernd Bonwetsch, Genadij Bordjugov, Norman Naimark (Hgg.), *SVAG. Upravlenie propagandy (informacii) i S.I. Tjul’panov [SMAD. Die Propaganda- (Informations-) -verwaltung und S.I. Tjul’panov]* (Moskva 1994) 155–177 hier 171.

²⁷ Crampton, *Eastern Europe* 246.

²⁸ In der ČSR wurden 1945 Banken, Versicherungen, Bergwerke und Schwerindustrie verstaatlicht, in Ungarn 1946 Bergwerke und Industrieunternehmen, in Polen 1946 alle Wirtschaftsbetriebe mit über 50 Arbeitern. Ende 1948 waren 80 Prozent der Wirtschaft der ČSR, Ungarns und Polens verstaatlicht. Der Industrieanteil am Bruttosozialprodukt Ungarns stieg zwischen 1950 und 1963 von 41,9 auf 59,1 Prozent. Lewis, *Central Europe* 60f; 79; 97–119. 1952 betrug der Anteil der verstaatlichten Industrie der drei genannten Staaten bereits über 95 Prozent. Michael C. Kaser (Hg.), *The Economic History of Eastern Europe*, Bd. 3: *Institutional Change within a Planned Economy* (Oxford 1986) 8.

²⁹ Als Einstieg zur Geschichte der Frauen: Marija Wakounig (Hg.), *Die gläserne Decke. Frauen in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa im 20. Jahrhundert* (Innsbruck 2003).

hingegen jener der Stadtbevölkerung etwa in Polen von 39 auf 48 Prozent stieg³⁰. Während StalinStadt somit nicht nur Führerkult und totalitäre Architektur, sondern auch Strukturwandel und Modernisierung symbolisierte, erwies sich das dortige Eisenhüttenwerk in wirtschaftlicher Hinsicht wie viele ähnliche Renommierprojekte zwischen Karl-Marx-Stadt und Vladivostok als Misserfolg, da die nötigen jugoslawischen Erzlieferungen nie eintrafen. Zwar konnte die „sozialistische Industrialisierung“ besonders für Agrarregionen zum Teil beeindruckende Elektrifizierungs-, Wachstums- und Beschäftigungserfolge erzielen (für hoch entwickelte bedeutete sie eher einen „großen Sprung rückwärts“). Die Eisenproduktion stieg – und nach 1953 nahmen auch die Investitionen in die Infrastruktur, der Lebensstandard, die Kaufkraft und der Fleischkonsum (in der ČSR von 33 Kilogramm pro Kopf 1949 auf 57 im Jahr 1960) zu³¹. Einkommensdifferenzen wurden abgebaut, das Niveau von Ausbildung und sozialer Mobilität stieg an. Hingegen stellten ungleiche, die UdSSR bevorzugende Handelsbeziehungen, sowjetische Entnahmen (die in ihrem Gesamtumfang etwa der US-Hilfe für Westeuropa entsprachen) und eine schematische, die Schwerindustrie favorisierende Wirtschaftspolitik nach sowjetischem Modell in den Jahren bis 1953/55 große Belastungen dar. Aber auch nach Beseitigung der ärgsten Ausbeutung und Bevormundung prolongierten Systemmängel, Planungsfehler und die Trennung von Westeuropa die Wirtschaftskrise, deren spürbare Indikatoren wie hartnäckige Versorgungsengpässe bei Konsumgütern, aber auch Wohnungen und Spitälern, schließlich zur zunehmenden Diskreditierung des Systems beitrugen.

Ein Mittel, dem entgegenzuwirken und gleichzeitig die Menschen zu Leistungssteigerungen zu motivieren, blieb die Propaganda mit ihrem Mythos des „sozialistischen Aufbaues“, den so genannten Stachanov- oder Schwerstarbeitern und der Konstruktion des „sozialistischen Menschen“. Die kommunistische Utopie alleine erklärt aber noch nicht den hohen Stellenwert der Propaganda: Es galt, wie *Marína Zavacká* anhand der Inlandspropaganda in der ČSR zeigt, mithilfe dichotomischer Darstellungsmuster Vor- und Feindbilder zu schaffen³², um auf diesem Weg soziale, ethnische,

³⁰ L. P. Morris, *Eastern Europe Since 1945* (London 1984) 115f.

³¹ Kaser, *Economic History* 3, 131; zur Kaufkraftentwicklung: Lewis, *Central Europe* 125. Der jährliche Investitionszuwachs in Osteuropa betrug in den Jahren 1950 bis 1989 zwischen neun und elf Prozent. Berend, *Central and Eastern Europe* 183.

³² Zu Vorbildern: Silke Satjukow (Hg.), *Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR* (Berlin 2002). Zu Feindbildern trotz einiger unzulässiger politischer Schlüsse: A.V. Fateev, *Obraz vraga v Sovetskoj propagande* [Das Feindbild in der sowjetischen Propaganda] (Moskva 1999). Vgl. Silke Satjukow, Rainer Gries (Hgg.), *Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus* (Leipzig 2004).

politische Spannungen, Dissens bzw. konkurrierende Denkmuster zu über-tünchen sowie die Gesellschaft gegenüber inneren und äußeren Feinden zu einen und zu mobilisieren. Die Führungspersönlichkeiten wurden kultartig in das Rampenlicht gerückt. Wirksam war diese Form der Beeinflussung allerdings nur, solange es gelang, konkurrierende Informationsquellen mit-hilfe von Zensur auszuschalten und Abweichungen durch Einschüchterung zu verhindern. Im staatlich geförderten und gleichgeschalteten Kultur-leben³³ und in der Kunst dominierte der von Moskau und den lokalen kom-munistischen Parteien diktierte Sozialistische Realismus. Eine Ausnahme bildete einmal mehr Jugoslawien, dessen Filmproduktion *Goran Miloradović* schildert und dabei nachzeichnet, wie sie parallel zur politischen Position des Landes von der nicht ganz freiwilligen Übernahme sowjetischer Technik und Formensprache abging und sich dem Westen annäherte.

Die von zaghaften Demokratisierungs- und Selbstverwaltungsansätzen sowie der Diskussion um die nationale Frage geprägte innenpolitisch-ideo-logische Entwicklung Jugoslawiens nach seinem Ausschluss aus dem Kom-inform 1948 beleuchtet *Mateja Režek*. Während der durch den Sozialismus beendet geglaubte Nationalitätenkonflikt bis in die neunziger Jahre unge-löst weiterschwelte und die politischen Reformen in Jugoslawien ab Mitte 1953 zum Stillstand kamen, leitete Stalins Tod im übrigen Osteuropa, das in den vorangegangenen Jahren durch eine Welle monströser Schauprozesse und präventiver „Säuberungen“, Verhaftungen, Repressionen und Hin-richtungen angeblicher „trotzkistisch-zionistisch-titoistisch-bourgeois-nati-onalistischer Verräter, Spione, Saboteure und Volksfeinde“ in den höchsten Parteiämtern gebeutelt worden war³⁴, eine turbulente Umbruchphase ein. Zwar gelang es der neuen sowjetischen Führung, durch das „Tauwetter“,

³³ Lewis, Central Europe 134–137; Fejtő, Geschichte der Volksdemokratien 1, 427–448.

³⁴ George H. Hodos, Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–1954 (Berlin 1990); Wolfgang Maderthaner, Hans Schafranek, Berthold Unfried (Hgg.), „Ich habe den Tod verdient“. Schauprozesse und politische Verfolgung in Mittel- und Osteu-ropa 1945–1956 (Wien 1991); Stéphane Courtois, Nicolas Werth, Jean-Louis Panné, Andrzej Paczkowski, Karel Bartosek, Jean-Louis Margolin, Joachim Gauck, Erhard Neubert, Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror (München Sonderausg. 2004) 464–480. Zu den prominentesten Opfern zählen die Spit-zenpolitiker Władysław Gomułka, Traicho Kostov, Lucrețiu Pătrășcanu, László Rajk, Rudolf Slánský. In den einzelnen Staaten wurden zwischen 200.000 (Ungarn) und 550.000 (ČSR) Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen bzw. erlitten Repressionen. Brzezinski, Der Sowjetblock 112–118. Vgl. ebenda 107. Alleine in Polen wurden 1944 bis 1948 aus politischen Gründen über 2.500 Todesurteile verhängt, 10.000 Menschen ohne Urteil hingerichtet und 300.000 inhaftiert. Maderthaner, Schafranek, Unfried, „Ich habe den Tod verdient“ 8.

die Aussöhnung mit Jugoslawien, den Abzug aus Österreich³⁵, die Verkündung der „friedlichen Koexistenz“ und die Drosselung der Schwerindustrialisierung einige Altlasten von Stalins Politik zu liquidieren und eine gewisse Entspannung zu erreichen. Gleichzeitig erfüllten sich aber die in Osteuropa durch das Ableben des Diktators, den „neuen Kurs“, die Zulassung „nationaler Wege“ und schließlich Chruščëvs Entstalinisierungsrede³⁶ auf dem XX. Parteitag der KPdSU geweckten Hoffnungen nicht, und so entlud sich die Unzufriedenheit über unzureichende Reformen, Einpartei herrschaft, sowjetische Bevormundung und sinkende Realeinkommen von Plovdiv über Pilsen (Plzeň) bis Posen (Poznań) in zahlreichen Streiks und Revolten, die in den Volksaufständen in der DDR 1953, dem „Polnischen Oktober“ und dem Ungarn-Aufstand 1956 gipfelten³⁷.

Während es in Polen Władysław Gomułka gelang, eine sowjetische Intervention abzuwenden und einen moderaten Reformkurs weiterzuverfolgen, scheiterte sein ungarisches Pendant Imre Nagy sowohl im anfänglichen Bemühen, die Revolutionswelle einzudämmen, als auch im späteren Entschluss, den Ausbruchversuch aus dem Sowjetblock zu wagen. Für das benachbarte Jugoslawien, das eben erst einer Aussöhnung mit Moskau zugestimmt hatte, ohne unter dessen Hegemonie zurückkehren zu wollen, stellte der Ungarn-Aufstand, wie *László Bíró* zeigt, eine Gratwanderung dar: Einerseits begrüßte man die ungarische Initiative zur Reform der KP und insbesondere zum Austritt aus dem Warschauer Pakt, da beides eine Schwächung des sowjetischen Einflusses und eine Annäherung an das jugoslawische Modell verhiess, andererseits ging für Tito der Verzicht auf das KP-Machtmonopol entschieden zu weit. Auch die Kommunistische Partei Österreichs, das im Herbst 1956 fast 180.000 Ungarn-Flüchtlingen zeitweilig Schutz bot³⁸, lehnte den Volksaufstand nach Moskauer Vorgaben als „Konterrevolution“ ab, wie *Manfred Mugrauer* dokumentiert.

³⁵ Arnold Suppan, Gerald Stourzh, Wolfgang Mueller (Hgg.), *Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität* (Wien 2005).

³⁶ Dazu: François Furet, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert* (München Sonderausg. 1998) 559–570. Vgl. Polly Jones (Hg.), *The Dilemmas of de-Stalinization. Negotiating cultural and social change in the Khrushchev era* (London 2006).

³⁷ Jan Foitzik (Hg.), *Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum Ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen* (Paderborn 2001). Zum Volksaufstand in der DDR: Ilko-Sascha Kowalczyk, *17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen, Abläufe, Folgen* (Bremen 2003); Rolf Steininger, *17. Juni 1953 – Der Anfang vom langen Ende der DDR* (München 2003) sowie die Publikationen auf: <http://www.17juni53.de/home/index.html>.

³⁸ Michael Gehler, *Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besetzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts* (Innsbruck 2005) 175. Zur Ungarn-Krise

Der Niederwalzung des Ungarn-Aufstandes, die das Ende der Umbruchphase markierte, folgte der Versuch einer weitgehenden Wiederherstellung der sowjetischen Suprematie bei gleichzeitiger Gewährung nationaler Spielräume. Während die Führungen Rumäniens und Albaniens ein Fortdauern des Stalinismus bevorzugt hätten und jene der DDR, ČSR und Bulgariens in „politischer Unbeweglichkeit“ verharrten³⁹, lagen Polen und Ungarn auf Moskauer Linie. Anders als zu Stalins Zeiten wurden aber sowjetische „Ratschläge“ nicht mehr automatisch befolgt. Chruščëvs Bemühen, mithilfe einer Belebung des RGW und multilateraler Konferenzen nicht nur die Konkurrenzfähigkeit der stagnierenden osteuropäischen Wirtschaft zu heben, sondern auch eine politische Stabilisierung zu erreichen, stieß bald an seine Grenzen: Der Bruch zwischen Moskau und Peking führte zum Verlust der sowjetischen Führungsrolle im Weltkommunismus; gleichzeitig signalisierten das Ausscheren Albaniens, das die gemeinsamen Organisationen verließ und sich nunmehr an Rotchina orientierte, und das rumänische Pochen auf nationale Unabhängigkeit, dass der Sowjetblock an seinen Rändern ausfaserte. Die infolgedessen und aufgrund seines gescheiterten Hasardspiels in der Berlin- und der Kuba-Krise durchwachsene Bilanz Chruščëvs war neben seinem unorthodoxen Führungsstil nicht zuletzt dafür verantwortlich, dass der Staatschef in einer Palastrevolte 1964 gestürzt wurde⁴⁰; doch sollte es auch seinem Nachfolger trotz der Dominanz in den Warschauer-Pakt-Strukturen nicht gelingen, den Führungsanspruch unhinterfragt durchzusetzen. Sogar nach außen hin liefen nicht mehr alle Drähte über Moskau: So gestand der Kreml den „Bruderstaaten“ das Recht zu, mit allen europäischen Ländern Beziehungen aufzunehmen, was prompt den Wunsch nach direkten Kontakten zur bislang als Hort des Militarismus verteufelten BRD laut werden ließ⁴¹.

vgl. György Litván, *Die Ungarische Revolution 1956. Reform – Aufstand – Vergeltung* (Wien 1994); László Borhi, *Hungary in the Cold War 1945–1956. Between the United States and the Soviet Union* (Budapest 2004); Johanna C. Granville, *The first domino. International decision making during the Hungarian crisis of 1956* (College Station 2004). Den Ausschlag für den fast einstimmigen Beschluss des Politbüros der KPdSU zur zweiten Militärintervention in Ungarn sollen u. a. die an mehreren sowjetischen Universitäten geäußerten Solidaritätsbekundungen für die ungarischen Aufständischen und Forderungen nach Pressefreiheit gegeben haben. Jan Kusber, *Zwei Lösungen eines Problems. Die Sowjetunion und das Jahr 1956 in Polen und Ungarn*, in: *Osteuropa* 56 (2006) 5, 87–97 hier 95.

³⁹ Holzer, *Der Kommunismus* 136.

⁴⁰ William Taubman, *Khrushchev. The Man. His Era* (London 2003) 578–618.

⁴¹ Jörg K. Hoensch, *Sowjetische Osteuropa-Politik 1945–1975* (Düsseldorf 1977) 291. Bis dato bestanden aufgrund der Hallstein-Doktrin, die offizielle Beziehungen der BRD zu Staaten mit ebensolchen Kontakten zur DDR ausschloss, lediglich Handelsmissionen der BRD in Budapest, Bukarest, Warschau, Sofia. Nachdem die BRD 1966 ihre Bereit-

Nationalismus, verbesserte Sozialleistungen und Befriedigung der Konsumbedürfnisse wurden zu den neuen Legitimationsstrategien der Regimes. Technokraten ersetzten Ideologen, der Sozialistische Realismus wich den Beatles, die in den sechziger Jahren Ungarn besuchten⁴². Während Rumänien mit seiner unabhängigen Außenpolitik eine Gratwanderung vollführte, überschritt die ČSSR 1968 eine Grenze. Nachdem die wachsende Kluft zwischen Regime und Bevölkerung mehrfach durch Studentendemonstrationen und Schriftstellermanifeste artikuliert, aber stets nur mit neuen Repressionen beantwortet worden war, wurde der Altstalinist Antonín Novotný, der bis dato einschneidende Reformen verhindert hatte, im Jänner 1968 abgesetzt und Alexander Dubček zum Nachfolger gewählt. Von Moskau anfangs begrüßt, entwickelte sich der Versuch, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu formen, trotz aller deklarierten Loyalität gegenüber UdSSR und Warschauer Pakt durch die zunehmende Infragestellung der Zensur und des KP-Machtmonopols, mehr noch durch die Angst des Kremls vor einer weiteren Unterminierung der Lagerdisziplin und der sowjetischen Herrschaft zum Interventionsgrund⁴³.

Auf den „Prager Frühling“ folgte ein zwanzig Jahre dauernder Winter: Rücknahme von Reformen, Säuberungen, Verschärfung der Kontrolle, „Normalisierung“ und, wie *David Schriff* in seinem Beitrag zu den österreichisch-slowakischen Beziehungen zeigt, Einschränkungen der grenzüberschreitenden Kontakte zum Westen. Die nachträglich zur Rechtfertigung des Einmarsches verkündete Brežnev-Doktrin⁴⁴, die in markantem Gegensatz zur Belgrader Deklaration Chruščëvs und Titos über die nationalen Wege zum Sozialismus stand und von einer eingeschränkten Souveränität der sozialistischen Länder ausging, bildete von nun an den Freibrief des Kremls, jedem „Bruderstaat“, in dem „der Sozialismus in Gefahr“ erschien, „Hilfe zu leisten“. Jugoslawien, Albanien und Rumänien protestierten, zwischen Belgrad und Moskau folgte eine zweite Eiszeit. Trotz derartiger Differenzen und der Nichterfüllung seiner Hoffnungen auf eine enge-

schaft verkündet hatte, volle diplomatische Beziehungen zu den Oststaaten aufzunehmen, und sie prompt von Rumänien und Jugoslawien beim Wort genommen worden war, legte Moskau „seine Satelliten an die Kette“ und nannte die Bedingung, dass Bonn zuerst die DDR anerkennen müsse, was die Ostpolitik der Großen Koalition „festlaufen ließ“. Peter Merseburger, Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist (Stuttgart 2002) 529ff.

⁴² Berend, *Central and Eastern Europe* 170.

⁴³ Vgl. Jaromír Navrátil, *The Prague Spring 1968* (Budapest 1998).

⁴⁴ Robert A. Jones, *The Soviet concept of “limited sovereignty” from Lenin to Gorbachev. The Brezhnev doctrine* (London 1990); Matthew Ouimet, *The Rise and Fall of the Brezhnev Doctrine in Soviet Foreign Policy* (Chapel Hill 2003).

re wirtschaftliche Integration⁴⁵ behielt der Krenl nicht zuletzt mithilfe des Warschauer Paktes⁴⁶ im übrigen Osteuropa die Zügel in der Hand. Bulgarien war und blieb blockpolitischer Musterschüler, was durch großzügige sowjetische Wirtschaftshilfe belohnt wurde, die es ermöglichte, dass das Land 1970 mit 8,2 Prozent eine der weltweit höchsten Wachstumsraten erzielen konnte⁴⁷. Der 1968 eingeführte „Neue Ökonomische Mechanismus“ Kádárs bot den Ungarn „Gulasch-“, später sogar „Kühlschrank-“, „Fernsehapparat-“ und „Autokommunismus“⁴⁸, sowie vorsichtige innenpolitische Lockerung, verbunden mit außenpolitischer Treue zu Moskau. Polen, seit dem gemeinsamen Einmarsch in der ČSSR Moskaus zentraler Verbündeter, hinkte wirtschaftlich nach. Dissens, 1970 in Werftstreiks gegen steigende Lebensmittelpreise artikuliert, wurde blutig niedergeschlagen, was die Ablöse Gomulkas, der eben erst die De-facto-Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch Deutschland⁴⁹ erhalten hatte, durch Gierek zur Folge hatte.

Mitte der siebziger Jahre brach infolge des Ölpreisschocks der Wirtschaftsaufschwung Osteuropas, das bis dahin in Bezug auf Gesundheit, Bildung und Modernisierung viel gegenüber dem Westen aufgeholt

⁴⁵ Hoensch, Sowjetische Osteuropa-Politik 374–377. Die RGW-interne Spezialisierung der einzelnen Staaten auf bestimmte Produktionssparten war von sowjetischer Seite seit den sechziger Jahren gefordert, aber insbesondere von den höher entwickelten Volkswirtschaften gebremst worden. Lewis, *Central Europe* 215.

⁴⁶ Umbach, *Das rote Bündnis* 40f. Albanien verließ 1968 den Warschauer Pakt, Rumänien, das 1963 den USA geheim seine Neutralität im Falle einer nuklearen Konfrontation der Supermächte zugesagt hatte und von Moskau als nicht verlässlich eingestuft wurde, verschärfte seine Obstruktion. Mastny, Byrne, *A Cardboard Castle* 25; 30; 42. Die Armeen Ungarns und der ČSSR wurden nach den sowjetischen Militärinterventionen 1956 und 1968 deutlich reduziert. Insgesamt stellten die nationalen Truppen etwa die Hälfte der konventionellen Paktstreitkräfte in Europa. Umbach, *Das rote Bündnis* 3; Lewis, *Central Europe* 193–197. 1983 kam es in der ČSSR zu Massenprotesten gegen die Stationierung sowjetischer SS-20-Mittelstreckenraketen. Rothschild, *Return* 210.

⁴⁷ Hoensch, Sowjetische Osteuropa-Politik 363. Zur ökonomisch „nützlichen Anlehnung“ von Moskaus „treuestem Vasallen“: Hans-Joachim Härtel, Roland Schönfeld, Bulgarien. *Vom Mittelalter zur Gegenwart* (Regensburg 1998) 244–253.

⁴⁸ Rothschild, *Return* 205. Zu Polen: ebenda 194. Die „Fernsehrevolution“ erfolgte in Ungarn mit zehn Jahren Verspätung gegenüber Westeuropa, die erste „Autowelle“ mit 15 Jahren Verspätung. Lewis, *Central Europe* 131f.

⁴⁹ Die „Anerkennung bzw. Respektierung“ war auf westdeutscher Seite von Willy Brandt am SPD-Parteitag 1968 gefordert worden. Merseburger, *Willy Brandt* 546. Zur Ostpolitik: Peter Bender, *Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag* (München 1986); zur Reaktion der DDR: Mary E. Sarotte, *Dealing with the devil. East Germany, détente, and Ostpolitik, 1969–1973* (Chapel Hill 2001). Für Polen mochte es einen Wermutstropfen darstellen, dass die Oder-Neiße-Linie 1970 zuerst im deutsch-sowjetischen Abkommen und erst danach im deutsch-polnischen Vertrag festgeschrieben wurde.

hatte⁵⁰, abrupt in sich zusammen: der Rezession folgte ein galoppierender Anstieg der Auslandsverschuldung, 1979 verschlang der Schuldendienst Polens, das infolge eines astronomischen Zahlungsbilanzdefizits von über 2 Milliarden Dollar jährlich gemeinsam mit Ungarn und der DDR bald zu den größten Devisendebitoren weltweit zählte, 92 Prozent seiner Exporteinnahmen⁵¹. Die sich trotz zahlreicher Reformansätze neuerlich verschärfenden Versorgungsengpässe wurden umso stärker empfunden angesichts aufreizender Privilegien der KP-Apparatschiks, welchen eine junge, gut ausgebildete, kritische und selbstbewusste Arbeiterschaft gegenüberstand, die neben Konsum- auch politische Forderungen artikulierte.

Wie sich die „brüderliche Zusammenarbeit“ im „Block“, d.h. die bilateralen Beziehungen zwischen zwei de jure gleichberechtigten „volksdemokratischen“ Regimes, in diesen Jahrzehnten entwickelte, untersuchen anhand der DDR, der ČSR und Polens *Volker Zimmermann* und *Jerzy Kochanowski*. Die aus der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands hervorgegangene Deutsche Demokratische Republik stellte nicht zuletzt aufgrund der Rolle Deutschlands im Zweiten Weltkrieg ein besonderes Problem für seine sozialistischen Nachbarn dar: Offiziell durften die zum Teil tief verwurzelten historisch bedingten Ressentiments oder gar nationale Gegensätze zwischen den Mitgliedern des Ostblocks im Zeitalter der Völkerfreundschaft nicht existieren. Selbstverständlich gab es aber Meinungsverschiedenheiten und Konflikte, die, so Zimmermann, jedoch nicht den Blick auf die „Normalität“ des bilateralen Verhältnisses, auf die wechselnden Phasen der Beziehungen und auf die zweifellos geleistete kulturelle, wirtschaftliche und letztlich auch mentale Annäherung zwischen Tschechen und Ostdeutschen verstellen dürfen – wenn sie auch vom propagierten Ideal der „brüderlichen Zusammenarbeit“ meilenweit entfernt blieben. Eine bilaterale Kooperation

⁵⁰ Berend, *Central and Eastern Europe* 189; 197; 201–221. Die These Berends ist nicht unumstritten. Die Wirtschaft der DDR und ČSSR hatte sich seit 1965, jene Ungarns und Polens seit 1970 im Aufschwung befunden. In den achtziger Jahren fielen die osteuropäischen Volkswirtschaften aufgrund der westlichen Hochtechnologieentwicklung und des COCOM-Embargos weiter zurück.

⁵¹ Die Devisenschulden Polens im Westen stiegen von 7,4 (1975) auf 21 Milliarden Dollar (1980) an. Crampton, *Eastern Europe* 363; Rothschild, *Return* 198; Lewis, *Central Europe* 183. Zur wirtschaftlichen Entwicklung der osteuropäischen Staaten: Kaser, *Economic History* 3; Derek H. Aldcroft, Steven Morewood, *Economic change in Eastern Europe since 1918* (Aldershot 1995); Martin Myant, *The Czechoslovak economy 1948–1988. The battle for economic reform* (Cambridge 1989); Ivan T. Berend, György Ránki, *The Hungarian economy in the twentieth century* (New York 1985); Zbigniew Landau, *Wirtschaftsgeschichte Polens im 19. und 20. Jahrhundert* (Berlin 1986); André Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR* (München 2004); Fred Singleton, Bernard Carter, *The economy of Yugoslavia* (London 1983).

der besonderen Art bildete etwa die Zusammenarbeit der nationalen Geheimdienste, die Jerzy Kochanowski anhand der DDR und Polens untersucht⁵². Von der ostdeutschen Stasi bis zur rumänischen Securitate und dem sowjetischen KGB spielten die geheimpolizeilichen Überwachungs- und Zwangsapparate mit ihren brutalen Verhörmethoden, Folterungen und Arbeitslagern eine berüchtigte Rolle in der Festigung der KP-Herrschaft mittels Terrors und der Beseitigung ihrer tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen Gegner oder Dissidenten⁵³. Die Auflösungserscheinungen innerhalb des Ostblocks führten in den späten siebziger Jahren dazu, dass die grenzüberschreitende Aktivität der Geheimdienste spätestens nach der Wahl des Krakauer Erzbischofs Karol Wojtyła zum Papst und den (abermals durch Steigerung der Lebensmittelpreise hervorgerufenen) polnischen Streiks von 1980 in zunehmendem Maße der gegenseitigen Bespitzelung wich.

Für die aufstrebende Opposition um die Unabhängige Gewerkschaft *Solidarność* stellte die triumphale Polen-Reise Johannes Pauls II., der vom Kreml bereits kurz nach seiner Inthronisierung als „gefährlicher als alle seine Vorgänger“ identifiziert worden war⁵⁴, eine eminente moralische Unterstützung dar. Obwohl, wie etwa die Unterdrückung der „Solidarität“ in den Jahren 1981 bis 1989, die Repressionen gegen Dissidenten in der Tschechoslowakei sowie die Zerschlagung der sowjetischen Bürgerrechtsbewegung 1982 vor Augen führen⁵⁵, der Weg bis an den „Runden Tisch“ noch

⁵² Zu den deutsch-polnischen Beziehungen siehe: Hans-Adolf Jacobsen, Mieczyslaw Tomala (Hgg.), Bonn – Warschau 1945–1991. Die deutsch-polnischen Beziehungen. Analyse und Dokumentation (Köln 1992); Dieter Bingen, Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991 (Baden-Baden 1998).

⁵³ Courtois, Werth, Panné, Paczkowski, Bartosek, Margolin, Gauck, Neubert, Das Schwarzbuch 411–504. Die Gesamtopferzahl des kommunistischen Terrors in Osteuropa außerhalb der UdSSR wird mit einer Million Menschen beziffert. Ebenda 16. Zum Geheimpolizeiapparat: Evgenija Albaz, Geheimimperium KGB. Totengräber der Sowjetunion (München 1992); Karl Wilhelm Fricke, DDR-Staatssicherheit. Das Phänomen des Verrats. Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB (Bochum 1995); Jens Gieseke, Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990 (Stuttgart 2001); Dennis Deletant, Ceaușescu and the Securitate. Coercion and dissent in Romania 1965–1989 (London 1995).

⁵⁴ Luxmoore, Babiuch, The Vatican and the Red Flag 207.

⁵⁵ Das gegen Bürgerrechtsbewegungen bzw. Dissidenten eingesetzte Instrumentarium reichte von Benachteiligungen, Repressionen, Konfiskationen, Verhaftungen, Verbannungen bis zu Zwangspsychiatriierungen, Hinrichtungen und der Verhängung des Kriegsrechts. Zur Rolle der Dissidenten: Rudolf L. Tökés (Hg.), Opposition in Eastern Europe (Baltimore 1979); H. Gordon Skilling, Samizdat and Independent Society in Central and Eastern Europe (Basingstoke 1989); Ludmilla Alexeyeva, Soviet Dissent. Contemporary Movements for National, Religious, and Human Rights (Middletown 1985); Robert Zuzowski, Political Dissent in Poland. The Workers' Defense Committee

weit war, begann auch die internationale Diskussion über grundlegende Prinzipien wie Gewaltverzicht und Menschenrechte Wirkung zu zeigen. Ein wesentliches Forum stellte die 1969 einberufene und 1973 bis 1975 abgehaltene Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) dar. Die auf sowjetischen Wunsch unternommene finnische Initiative, deren bislang unbekanntem Motiven *Thomas Fischer* nachgeht, brachte mit der Helsinki-Schlussakte ein Ergebnis zutage, das nicht nur (wie von östlicher Seite gewünscht) die Nachkriegsordnung, gegenseitige Nichteinmischung und wirtschaftliche Zusammenarbeit, sondern auch die (von den EG-Staaten geforderte) Anerkennung der Menschenrechte festschrieb, was in den folgenden Jahren den Bürgerrechtskämpfern in Osteuropa wie Andrej Sacharov, der Solidarność oder auch der Charta 77 als Ansporn und Anker dienen und damit – entgegen vielen Erwartungen – eine nicht unbedeutende Rolle bei der Unterminierung und schlussendlichen Beseitigung der Gewaltherrschaft in Osteuropa spielen sollte⁵⁶.

Rückblickend ist man geneigt, den mit Ausnahme Rumäniens und des Sonderfalles Jugoslawien weitgehend friedlichen Verlauf der osteuropäischen Revolution von 1989 und ihren für alle Beobachter überraschenden Abschluss als selbstverständlich zu betrachten. Tatsächlich war jedoch weder absehbar, ob die politisch zunehmend gelähmten und wirtschaftlich ihrem Bankrott entgegensehenden osteuropäischen Gerontokratien nicht doch dem Beispiel der KP-Führung Chinas folgen würden, wo am 4. Juni

„KOR“ (Westport 1992); Jan Kubik, *The Power of Symbols against the Symbols of Power. The Rise of Solidarity and the Fall of State Socialism in Poland* (University Park 1994); Vilém Prečan (Hg.), *Charta 77, 1977–1989. Od morální k demokratické revoluci* [Charta 77. Von der moralischen zur demokratischen Revolution] (Bratislava 1990).

⁵⁶ Text der KSZE-Schlussakte in: www.osce.org/documents/mcs/1975/08/4044_de.pdf. Die Folgen des Helsinki-Prozesses in Osteuropa waren „totally beyond the imagination of the Soviet leadership“. Anatoly Dobrynin, In Confidence. Moscow's Ambassador to America's Six Cold-War Presidents (New York 1995) 346. Die KP-Diktaturen „agreed to be bound by human rights norms in the belief that they can gain international legitimacy without substantial compliance“. Nichtsdestotrotz setzte dieses „leere“ Versprechen soziale und politische Veränderungen in den Bürger-Staat- sowie Ost-West-Beziehungen in Gang, welche die Regimes unterminierten. Daniel C. Thomas, *The Helsinki Effect. International Norms, Human Rights and the Demise of Communism* (Princeton 2001) 3; 6f; 20. Vgl. Vojtech Mastny (Hg.), *The Helsinki Process and the Reintegration of Europe* (London 1992); Sylvia Rohde-Liebenau, *Menschenrechte und internationaler Wandel. Der Einfluß des KSZE-Menschenrechtsregimes auf den Wandel des internationalen Systems in Europa* (Baden-Baden 1996). Den Einfluss transnationaler Nichtregierungsorganisationen und Aktivisten auf die Militärpolitik bzw. Abrüstung der UdSSR belegt: Matthew Evangelista, *Unarmed Forces. The Transnational Movement to End the Cold War* (Ithaca 1999).

an friedlichen Demonstranten auf dem Platz des himmlischen Friedens ein Massaker verübt wurde, noch war klar, wie die Sowjetunion auf die Ereignisse reagieren würde. Die aufgrund des ökonomischen wie politischen Versagens diskreditierten und aufgrund der wachsenden Opposition ihres politischen Monopols beraubten nationalen Regimes setzten aber, als bisher angewandte Legitimationsstrategien keinen Erfolg mehr zeitigten und eine Unterdrückung der eigenen Bevölkerung nicht mehr im selben Maße möglich erschien wie zuvor, vermehrt Reform- und Demokratisierungsschritte, deren Folgen schließlich außer Kontrolle geraten und damit Alexis de Tocquevilles Befund bestätigen sollten: die für eine schlechte Regierung gefährlichste Zeit sei, wenn sie sich zu reformieren beginne. Und Michail Gorbachëv, der noch kurz nach seinem Amtsantritt im Kreml den Warschauer Pakt um 20 Jahre verlängert hatte, kam nach dem blutigen Afghanistan-Desaster, vor dem Hintergrund des die Ressourcen Moskaus übersteigenden Rüstungs- und Technologiewettlaufes mit den USA und angesichts der ökonomischen Dauerkrise zur Erkenntnis, dass das osteuropäische Glacis, das unter Brežnev vom Nettozahler zum Nettoempfänger geworden war⁵⁷, eher eine zu liquidierende Belastung als eine strategische Notwendigkeit sei⁵⁸.

Der neue Generalsekretär der KPdSU, der die Herrschaftsverhältnisse in der Sowjetunion selbst mithilfe einer Reform und gewissen Demokratisierung („Perestrojka“ und „Glasnost“) zu stabilisieren und die nach dem ökologischen Super-GAU von Černobyl' 1986⁵⁹ nunmehr drohende ökonomische Katastrophe durch internationale Entspannung und radikale Kürzungen der Rüstungsausgaben abzuwenden strebte, soll seine osteuropäischen Amtskollegen bereits im März seines Antrittsjahres auf die bevorstehende Aufgabe der Brežnev-Doktrin hingewiesen und ihnen in einer RGW-Tagung im Dezember zwei bis drei Jahre Zeit in Aussicht gestellt haben, um ihre Parteien auf den bevorstehenden demokratischen Wettbewerb

⁵⁷ Laut konservativen Schätzungen entsprach der Wert sowjetischer Wirtschaftshilfe für Osteuropa in den siebziger Jahren etwa jenem der Entnahmen des Nachkriegsjahreszehnts. Karen Dawisha, *Eastern Europe, Gorbachev, and Reform* (Cambridge 1988) 89.

⁵⁸ Charles Gati warnte allerdings davor, angesichts der Revolution von 1989 zu übersehen, dass Gorbachëv die Krise anfangs eher als „Leistungs-“ denn als „Systemkrise“ betrachtete und nicht erkannte, dass sein Ziel, ein humaner Reformkommunismus, für die Bevölkerung Osteuropas bereits obsolet und seine Reformversuche „too little and too late“ waren. Charles Gati, *The Bloc that Failed. Soviet-East European Relations in Transition* (Bloomington 1990) 65f. Vgl. Alex Pravda (Hg.), *The End of the Outer Empire. Soviet-East European Relations in Transition 1985–1990* (London 1992).

⁵⁹ Franz J. Brüggemeier, *Tschernobyl*, 26. April 1986. Die ökologische Herausforderung (München 1998). Vgl. Astrid Sahm, *Dimensionen einer Katastrophe*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 27. März 2006, 12–18.

vorzubereiten⁶⁰. In der Überzeugung, dass sich ein Reformkommunismus auch ohne Gewalt behaupten werde können, verzichtete Gorbačëv auf die weitere Einmischung in die inneren Angelegenheiten der zunehmend in Frage gestellten osteuropäischen Regimes und entschied die brisante „TITO“-Frage⁶¹ (troups in – troups out) mit Ausnahme des blutigen Intermezzos im Baltikum, das durch sowjetische Panzer an der Unabhängigkeit gehindert werden sollte⁶², letztendlich zugunsten eines Abzuges – eine Politik, die von seinem „Nachfolger“ Boris El'cin im Bemühen um Aufarbeitung der sowjetischen Unterdrückungspolitik in Osteuropa und um Aussöhnung mit ihren Opfern fortgesetzt wurde.

Die osteuropäische Revolution dauerte „in Polen zehn Jahre, in Ungarn zehn Monate, in der DDR zehn Wochen, in der Tschechoslowakei zehn Tage“⁶³. Nachdem das Kriegerrecht und das Verbot der von Lech Wałęsa geführten „Solidarität“ die polnische Opposition nicht gebrochen hatten, akzeptierte das Regime 1989 deren Angebot zu Gesprächen am „Runden Tisch“. In den Juni-Wahlen, bei welchen 65 Prozent der Sejmsitze den Regierungsparteien vorbehalten blieben, errang die „Solidarität“ alle frei

⁶⁰ Anatolii Cherniaev [Černjaev], Gorbachev and the Reunification of Germany. Personal Recollections, in: Gabriel Gorodetsky (Hg.), *Soviet Foreign Policy 1917–1991. A Retrospective* (London 1994) 158–169 hier 158; Andrej Gračëv, *The Soviet Union, France, and the Way from the Common European Home to the European Confederation*. Referat zur Konferenz: „Europe and the End of the Cold War“ (Paris, 15.–17. Juni 2006). Öffentlich widerrufen wurde die Brežnev-Doktrin in Gorbačëvs Europaratsrede am 7. Juli 1989.

⁶¹ Timothy Garton Ash, *Reform oder Revolution*, in: ders. (Hg.), *Ein Jahrhundert wird abgewählt*. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990 (München 1990) 260–330 hier 263f.

⁶² Anatol Lieven, *The Baltic Revolution. Estonia, Latvia, and Lithuania and the Path to Independence* (New Haven 1994). Die Militärintervention versetzte zwar nicht der baltischen Revolution den Todesstoß, dafür aber dem Warschauer Pakt, der wenig später auf Wunsch der „Visegrád-Staaten“ Polen, Ungarn und Tschechoslowakei aufgelöst wurde. Zur Haltung Deutschlands: Kristina Spohr Readman, *Germany and the Baltic Problem after the Cold War. The Development of a new Ostpolitik 1989–2000* (London 2004).

⁶³ Timothy Garton Ash, *Die Revolution der Laterna Magica*, in: ders. (Hg.), *Ein Jahrhundert wird abgewählt*. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990 (München 1990) 401–450. Zur osteuropäischen Revolution: J.F. Brown, *Surge to Freedom. The End of Communist Rule in Eastern Europe* (Durham 1991); Ivo Banac (Hg.), *Eastern Europe in Revolution* (Ithaca 1992); David S. Mason, *Revolution in East-Central Europe. The rise and fall of communism and the Cold War* (Boulder 1992); Philip Zelikow, Condoleezza Rice, *Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft* (Cambridge 1995); Jacques Lévesque, *The Enigma of 1989. The USSR and the Liberation of Eastern Europe* (Berkeley 1997); Niklas Perzi, Beata Blehova, Peter Bachmaier (Hgg.), *Die samtene Revolution 1989. Vorgeschichte, Verlauf, Akteure* (Frankfurt 2007).

vergebenen Sejm- und 99 der 100 Senatsmandate und bildete, nachdem die ehemalige Staatspartei mit ihrem Versuch gescheitert war, ein Kabinett unter dem Nichtkommunisten Tadeusz Mazowiecki. In Ungarn waren es Demonstrationen gegen die Rumänisierungspolitik Ceaușescu und anlässlich der Beisetzung des Premiers von 1956 Imre Nagy, die den Weg zum „Runden Tisch“ bahnten. Die Öffnung der ungarischen Grenze zu Österreich brachte den nächsten Dominostein ins Wanken: Die DDR, welche die „Republikflucht“ in den Westen nur mittels der 1961 errichteten Berliner Mauer und des Schießbefehls einzudämmen vermocht hatte, verlor zusehends ihre Bevölkerung; Kirche und Dissidenten ergriffen die Initiative, im November fiel die Mauer und mit ihr das SED-Regime; ein Jahr darauf war die DDR Geschichte.

Gorbačëv, der Honecker kurz vor dessen Sturz lediglich mit den Worten „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“, zu Reformen ermahnt haben soll, griff auch in den wenig später aufbrechenden Machtkampf in der ČSSR nicht ein, sondern folgte, wie *Beata Blehova* zeigt, der vom Perestrojka-feindlichen tschechoslowakischen KP-Establishment ausgegebenen Parole, die „Achtundsechziger“ würden die Reform dazu missbrauchen, um an die Macht zu kommen. Gorbačëvs Nichteinmischung verzögerte somit den Machtwechsel, die Prager Spitze konnte ihn jedoch ebenso wenig verhindern wie wenig später Ceaușescu und die ihm bis zuletzt treue Securitate in Rumänien, wo der Diktator am 25. Dezember zum Tode verurteilt und erschossen wurde. Wenige Tage zuvor hatte in Sofia nach dem Sturz des Langzeitstaatschefs Todor Živkov, der in den achtziger Jahren mit vereinzelt Reformschritten und der Vertreibung der türkischen Minderheit sein Regime zu retten versucht hatte, die erste legale Demonstration in der bulgarischen „Revolution auf Raten“⁶⁴ stattgefunden.

In der Charta von Paris für ein neues Europa erklärten alle Staats- und Regierungschefs der KSZE-Mitgliedstaaten, darunter das wiedervereinigte Deutschland, das Zeitalter der Konfrontation für beendet⁶⁵ und verpflichteten sich selbst zu Demokratie und der Einhaltung der Menschenrechte. Nach der Auflösung des RGW und des Warschauer Paktes 1990/91 und dem Rückzug sowjetischer Truppen bekundeten die ehemaligen Ostblockstaaten Interesse am Beitritt zu EU und NATO und traten 1994/95 dem gemeinsam

⁶⁴ Wolfgang Höpken (Hg.), *Revolution auf Raten. Bulgariens Weg zur Demokratie* (München 1996). Zur Revolution in Rumänien: Anneli Ute Gabanyi, *Systemwechsel in Rumänien. Von der Revolution zur Transformation* (München 1998); Peter Siani-Davies, *The Romanian Revolution of December 1989* (Ithaca 2005). Zum durch eine schwache Zivilgesellschaft und eine „getarnte“ Verlängerung der KP-Herrschaft gekennzeichneten „Balkan-Modell“ des Systemwechsels: Rothschild, *Return* 244–257.

⁶⁵ Georges-Henri Soutou, *La guerre de Cinquante Ans. Les relations Est-Ouest 1943–1990* (Paris 2001) 728. Text der Pariser Charta in: www.osce.org/item/4047.html?lc=DE.

von NATO und Russland gegründeten Partnership for Peace bei. Die in den achtziger Jahren unter Dissidenten bzw. Intellektuellen beiderseits des Eisernen Vorhanges vertretenen Mitteleuropa-Konzeptionen, die – in Abwandlung der Formulierung von Timothy Garton Ash – wie geistreiche, aber ziellose Exilanten durch Europa und Nordamerika gewandert waren, wurden nach einer kurzen Hochkonjunktur Anfang der neunziger Jahre von Ostmitteleuropäern als keine Alternative zu EU- und NATO-Beitritt mehr betrachtet⁶⁶.

Wo die ostmitteleuropäischen Staaten intakt blieben, funktionierte ihr Übergang zur parlamentarischen Demokratie in der weltweit „dritten Welle der Demokratisierung“⁶⁷ durch die Bildung von Parteien und (semi-) freie Wahlen; in vielen Staaten rekrutierte sich die neue Elite aus ehemaligen Dissidenten- und Oppositionskreisen oder jedenfalls Opfern von Repressionen. Demokratisierungsverlauf und -fortschritt variierten nach Nähe zum Westen, vorhandenen Traditionen, Einbindung in die Weltöffentlichkeit, Verhalten der Führung, ebenso wie sich auch die Antworten, ob die postkommunistische Transitionsphase abgeschlossen ist oder nicht, von Fall zu Fall und von Schule zu Schule unterscheiden⁶⁸. Der Grundsatz gilt dennoch,

⁶⁶ Timothy Garton Ash, Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990 (München 1990) 11; ders., Mitteleuropa – aber wo liegt es?, in: ebenda 188–226; Jacques Le Rider, Mitteleuropa. Auf den Spuren eines Begriffs (Wien 1994) 18–21; 156–165. Die vom französischen Präsidenten François Mitterrand 1991 vorgeschlagene Europäische Föderation wurde von tschechoslowakischer Seite umgehend als „Wartesaal“ zurückgewiesen. Ebenda 161. Zur Mitteleuropadiskussion: Erhard Busek, Emil Brix (Hgg.), Projekt Mitteleuropa (Wien 1986); György Konrád (Mitarb.), Mitteleuropa? (Wien 1995). Zur Kritik: Rudolf Jaworski, Die aktuelle Mitteleuropadiskussion in historischer Perspektive, in: Historische Zeitschrift 247 (1988) 3, 529–550.

⁶⁷ Samuel P. Huntington, The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century (Norman 1991). Als Faktoren der nach zwei vorangegangenen „Wellen“ von 1826 bis 1926 und von 1943 bis 1962 angesetzten „dritten Welle“ zwischen 1974 und 1990, durch welche insgesamt 30 Staaten, darunter auch Mexiko und Taiwan, den Übergang zur Demokratie vollzogen, nennt Huntington (1.) die Legitimitätskrise der Regimes, (2.) die Ausbildung einer Mittelschicht, (3.) die Politik der Kirche nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil, (4.) die Aufnahmebereitschaft der EG, die verstärkte Beachtung der Menschenrechte durch die USA und den neuen Kurs der Sowjetunion unter Gorbačëv sowie (5.) den Schneeballeffekt der Bürgerrechtsbewegung und von Demonstrationen. Ebenda 45.

⁶⁸ Holmes, Communist and Post-Communist Systems 234f. Für eine Analyse der Entwicklung bis in die neunziger Jahre: Klaus von Beyme, Systemwechsel in Osteuropa (Frankfurt 1994); Peter Gerlich, Fritz Plasser, Peter Ulram (Hgg.), Regimewechsel. Demokratisierung und politische Kultur in Ost-Mitteleuropa (Wien 1992). Vgl. als aktuellen Überblick: The State of Democracy in Central and Eastern Europe a Decade After the Breakdown of Communism, in: International Journal of Sociology 36 (2006) 2. Vor dem Hintergrund divergierender Entwicklungen (Zweiparteiensysteme in Tschechien und Ungarn, Parteienpluralismus in Slowenien und im Baltikum) wird zuletzt eine Stabili-

dass Demokratie stets neu zu erkämpfen ist⁶⁹. Tatsächlich machte sich nach der anfänglichen Euphorie vielerorts infolge der Transformationsrezession, von Hyperinflation und Arbeitslosigkeit, aber auch aufgrund von Performanzschwächen des neuen politischen Systems Ernüchterung bemerkbar. Eine Hauptursache für die enttäuschten Hoffnungen ist wohl darin zu sehen, dass die drei grundlegenden Effekte der Transformation, Demokratisierung, Liberalisierung und Marktwirtschaft, „nicht notwendigerweise Hand in Hand [gehen]“⁷⁰. Der Übergang zur neoliberalen Marktwirtschaft „ohne Adjektiv“ brachte neben und durch Unternehmensprivatisierung und -stilllegung, Preis- und Außenhandelsliberalisierung sowie Austeritätspolitik auch Arbeitslosigkeit, sinkende Realeinkommen, „Erste-Welt-Preise bei Dritte-Welt-Löhnen“⁷¹, sozialen Abstieg und eine „neue Spannung zwischen Arm und (Neu)Reich“ und er untergrub soziale Errungenschaften wie staatliche Versorgungsmechanismen⁷². Die ehemalige Opposition zerfiel in Fraktionen, selbst Solidarność verlor ihre Solidarität und die Wähler schwankten zwischen Zustimmung zu radikalmarktwirtschaftlichen Schocktherapien, nationalistischem Populismus, postkommunistischer Nostalgie⁷³ und Apathie.

sierung des Parteiensystems konstatiert. Paul G. Lewis, Party systems in post-communist Central Europe: Patterns of stability and consolidation, in: *Democratization* 13 (2006) 4, 562–583.

⁶⁹ Václav Havel, Demokratie droht zu verkümmern, in: *Die Presse*, 7. Jänner 2006.

⁷⁰ Anton Bebler, Slowenien, in: Werner Weidenfeld (Hg.), *Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa* (Gütersloh 1995) 231–246 hier 241.

⁷¹ Rothschild, *Return* 231.

⁷² Leonid Luks, Donal O’Sullivan (Hgg.), *Die Rückkehr der Geschichte. Osteuropa auf der Suche nach Kontinuität* (Köln 1999) 8. Vgl. Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts* (München 42000) 609; Anna Seleny, *State, society, and the economy in Hungary and Poland. From communism to the European Union* (Cambridge 2006). Einen Überblick bis in die neunziger Jahre bieten: Klaus-Detlev Grotzhusen (Hg.), *Ostmittel- und Südosteuropa im Umbruch* (München 1993); Lothar Altmann, Edgar Hösch (Hgg.), *Reformen und Reformer in Osteuropa* (Regensburg 1994); Werner Weidenfeld (Hg.), *Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa* (Gütersloh 1995); Roland Schönfeld (Hg.), *Fünf Jahre nach der Wende – Bilanz in Mittel- und Südosteuropa* (München 1995). Zu Transformationsgesellschaften im globalen Vergleich: Juan J. Linz, Alfred Stepan, *Problems of Democratic Transition and Consolidation* (Baltimore 1996) 235–457. Die Bedrohung der demokratischen Konsolidierung durch soziale Ungerechtigkeit wird zuletzt bestätigt. Gert Pickel, Detlef Pollack, Olaf Müller, Jörg Jacobs, *Osteuropas Bevölkerung auf dem Weg in die Demokratie* (Wiesbaden 2006) 17.

⁷³ Diese bezieht sich mehrheitlich auf den Wunsch nach sozialer Sicherheit. Laut einer repräsentativen Umfrage 1995 gaben 80 Prozent der befragten Ungarn an, dass es ihnen vor 1989 besser gegangen sei. Christoph Reinprecht, *Nostalgie und Amnesie. Bewertungen von Vergangenheit in der Tschechischen Republik und in Ungarn* (Wien 1996) 184f. In Tschechien sank die Zustimmung zur freien Marktwirtschaft in den Jahren 1990 bis 1997 von 65 auf 30 Prozent. Pickel, Pollack, Müller, Jacobs, *Osteuropas Bevölkerung* 67.

Das offene Aufbrechen des bereits von kommunistischen Führern instrumentalisierten⁷⁴ Nationalismus nach dem Regimewechsel beleuchtet anhand des „Extremfalles“ Serbien *Florian Bieber*. Dabei handelte es sich um keine Einzelercheinung⁷⁵, wohl aber um die verhängnisvollste in Ostmittel- bzw. Südosteuropa. Der serbische Nationalismus, seit den achtziger Jahren von oppositionellen Intellektuellen artikuliert und später vom Milošević-Regime gezielt zum Zweck des eigenen Machterhalts instrumentalisiert, prägte trotz seiner nach den Wahlen von 1990 erfolgten Aufspaltung in mehrere Fraktionen den überwiegenden Teil des serbischen intellektuellen Spektrums. Die im folgenden Jahr vollzogene Sezession Sloweniens und Kroatiens⁷⁶ – von Politikern und Intellektuellen von Moskau über Brüssel bis Paris lange Zeit als deutsche Verschwörung zur Zerschlagung Jugoslawiens bezeichnet und abgelehnt⁷⁷ – brachte keine serbische Besinnung zum Besseren. Auch als sich die nationalistischen Intellektuellen vor dem Hintergrund der Kriegskatastrophe in Kroatien und Bosnien Mitte der neunziger Jahre vom mittlerweile ebensolchen Regime abwandten und erneut in Opposition gingen, bedeutete dies keine Abkehr vom Nationalismus, vielmehr erfolgte die Kritik weiterhin aus nationalistischer Perspektive. Die gegen die begonnene Vertreibung der Albaner aus dem Kosovo gestartete NATO-Luftoffensive gegen Serbien führte schließlich zum Zusammenbruch der Politik Miloševićs⁷⁸.

Während Serbien nach den Wahlen und der friedlichen Revolution im Herbst 2000 in ruhigeres Fahrwasser steuerte, hatten sich Ungarn und die Nachfolgestaaten der 1992/93 geteilten ČSFR⁷⁹ bereits der Aufarbeitung einer weiter zurück liegenden Vergangenheit zugewandt. Erste Schritte zur

⁷⁴ Berend, *Central and Eastern Europe 173–176*. Vgl. Valeria Heuberger, Othmar Kolar, Arnold Suppan, Elisabeth Vyslonzil (Hgg.), *Nationen, Nationalitäten, Minderheiten. Probleme des Nationalismus in Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Polen, der Ukraine, Italien und Österreich 1945–1990* (Wien 1994).

⁷⁵ Margareta Mommsen (Hg.), *Nationalismus in Osteuropa. Gefährliche Wege in die Demokratie* (München 1992); Valeria Heuberger, Arnold Suppan, Elisabeth Vyslonzil (Hgg.), *Brennpunkt Osteuropa. Minderheiten im Kreuzfeuer des Nationalismus* (Wien 1996).

⁷⁶ Ivo Goldstein, *Croatia* (London 1999); James Gow, Cathie Carmichael, *Slovenia and the Slovenes. A Small State and the New Europe* (Bloomington 2000).

⁷⁷ Luc Rosenzweig, *L'Allemagne, puissance protectrice des Slovènes et des Croates*, in: *Le Monde*, 4. Juli 1991; Laura Silver, Allan Little, *Yugoslavia. Death of a Nation* (Harmondsworth 1997) 159f. Vgl. Richard Caplan, *Europe and the Recognition of New States in Yugoslavia* (Cambridge 2005).

⁷⁸ Nebojša Popov (Hg.), *The Road to War in Serbia. Trauma and Catharsis* (Budapest 1999).

⁷⁹ Eric Stein, *Czecho-Slovakia. Ethnic Conflict, Constitutional Fissure, Negotiated Break-up* (Ann Arbor 2000); Jan Rychlík, *Rozpad Československa. Česko-slovenské vztahy 1989–1992 [Zerfall der Tschechoslowakei. Tschecho-slowakische Beziehungen]* (Bratislava 2002).

Restitution geraubten jüdischen Eigentums waren unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eingeleitet, dann aber durch die kommunistischen Regimes abgebrochen worden. Obwohl nach deren Ende eine Welle des Nationalismus mit teils antisemitischen Zügen über Ostmitteleuropa schwappte, verhinderte sie doch nicht, dass, wie *Catherine Horel* berichtet, kurz darauf erste Gesetze zur Restitution und Entschädigung beschlossen wurden wie 1990/91 in der Tschechoslowakei, 1991/92 und 1996 in Ungarn sowie 1993 in der Slowakei. Die schwierige Aufarbeitung⁸⁰ kommunistischer Verbrechen und die Rehabilitierung von deren Opfern sowie der Prozess einer notwendigen, aber teilweise zu recht einseitigen Resultaten führenden Neuinterpretation und -codierung der Geschichte und ihrer Gedächtnisorte⁸¹ waren bereits zuvor, wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg, eingeleitet worden. Tatsächlich stellt der Umgang mit den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, aber auch mit der eigenen Vergangenheit einen Indikator für die demokratische Entwicklung und den politischen Wandel dar⁸².

Aufarbeitung, Entschädigung und Restitution in den neunziger Jahren schließen somit den Rahmen, der in den dreißiger und vierziger Jahren mit Diskriminierung und Enteignung, Ermordung und Vertreibung geöffnet wurde. Viele Verbrechen sind zwar nach wie vor unzureichend erforscht, bekannt oder gesühnt. Die Anfang der neunziger Jahre von EG-Politikern

⁸⁰ Dabei zeigte sich die „Mühe“ selbst Tschechiens und Ungarns, „ihr Verhältnis zur Vergangenheit zu ordnen, ohne der Versuchung zu erliegen, [...] die kommunistische Herrschaft als Periode der Fremdherrschaft aus dem kollektiven Gedächtnis auszuklammern oder gar zu tilgen“. Reinprecht, *Nostalgie 12f.* Vgl. Dagmar Unverhau (Hg.), *Lustration, Aktenöffnung, demokratischer Umbruch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn* (Münster 2005); Katja Schweizer, *Täter und Opfer in der DDR. Vergangenheitsbewältigung nach der zweiten deutschen Diktatur* (Münster 1999). Zu den Differenzen zwischen der radikal antikommunistischen, aber auch politisch instrumentalisierten Aufarbeitung der Diktatur in Tschechien und der auf nationale Versöhnung abzielenden Haltung in der Slowakei: Jan Pauer, *Die Aufarbeitung der Diktaturen in Tschechien und der Slowakei*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 16. Oktober 2006, 25–32.

⁸¹ Alojz Ivanišević, Andreas Kappeler, Walter Lukan, Arnold Suppan (Hgg.), *Klio ohne Fesseln? Historiographie im östlichen Europa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus* (Österreichische Osthefte 44, 1–2, Wien 2002); Rudolf Jaworski, Jan Kusber, Ludwig Steindorff (Hgg.), *Gedächtnisorte in Osteuropa. Vergangenheiten auf dem Prüfstand* (Kieler Werkstücke F 6, Frankfurt 2003); Ulf Brunnbauer (Hg.), *(Re)Writing History. Historiography in Southeast Europe after Socialism* (Münster 2004).

⁸² Rainer Tetzlaff, *Demokratie*, in: Ulrich Albrecht, Helmut Volger (Hgg.), *Lexikon der internationalen Politik* (München 1991) 102–105; Dieter Nohlen, *Minderheit*, in: ders., Rainer-Olaf Schultze (Hgg.), *Lexikon der Politikwissenschaft* (München 2002) 541f; Gerhard Seewann (Hg.), *Minderheiten als Konfliktpotenzial in Ostmittel- und Südosteuropa* (München 1995); Georg Brunner, Boris Meissner (Hg.), *Das Recht der nationalen Minderheiten in Osteuropa* (Berlin 1999). *Zur Holocaust- und Kollaborations-Aufarbeitung seit 1989: Braham, Anti-Semitism; ders. (Hg.), The treatment of the Holocaust in Hungary and Romania during the post-communist era* (New York 2004).

noch ausgeschlossene⁸³ Aufnahme von Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Slowenien in die Europäische Union mit 1. Mai 2004 belegt aber den weiten Weg, den Ostmitteleuropa in Richtung Freiheit, Achtung der Demokratie und Menschenrechte sowie Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit hinter sich gebracht hat. Zwar weisen die ostmitteleuropäischen Demokratien heute einen erfreulich hohen Konsolidierungsgrad auf⁸⁴. Ohne „kritischen Durchgang“ durch die eigene Vergangenheit bleiben die Demokratisierungsprozesse allerdings prekär⁸⁵. Diese Aufgabe beschränkt sich nicht auf die Übergangsgesellschaften Ostmitteleuropas, da auch nach der Rolle des Westens – sei es durch Duldung der Entwicklung oder durch völlige Verkennung der Lage – zu fragen ist.

Der Blick in die jüngste Vergangenheit hinterlässt einen ambivalenten Eindruck. Während die Bildung populistisch-nationalistischer Koalitionen in Polen und der Slowakei⁸⁶, die Entwicklung des im Inneren zunehmend autoritär⁸⁷ und nach außen regionalimperialis-

⁸³ Die Europäische Kommission war im Juli 1989 von den G7-Staaten beauftragt worden, die westliche Hilfe zunächst für Polen und Ungarn zu koordinieren. Heiko Prange, Die Ostintegrationspolitik der Europäischen Union (Diss. Halle 1997) 12. Erst im Juni 1993 erklärte der Europäische Rat, die Länder Ostmitteleuropas bei Erfüllung der Beitrittskriterien in die EU aufnehmen zu wollen. Fraser Cameron, Die Politik der EU gegenüber den Staaten Mittel- und Osteuropas, in: Werner Weidenfeld (Hg.), Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa (Gütersloh 1995) 427–439 hier 427. Die Osterweiterung erfolgte somit nicht als „Reflex“ wie später oft angegeben. Hannes Hofbauer, Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration (Wien 2003) 7.

⁸⁴ Eine im Herbst 2000 bei je 1.000 Personen in zehn osteuropäischen Transformationsgesellschaften und Ostdeutschland durchgeführte repräsentative Studie zeigt, dass die überwiegend vorhandene Unzufriedenheit mit den Leistungen demokratischer Regierungen und der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung (noch) nicht zur Infragestellung der Demokratie an sich führte, die (mit Ausnahme Russlands) mehrheitlich als legitimste Herrschaftsform und effektivste Gewähr für Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Bürgerrechte angesehen wurde. Die Idee der Marktwirtschaft und die bestehende Gesellschaftsordnung wurden mehrheitlich jedoch nur noch in Albanien gutgeheißen bzw. als gerecht bezeichnet. Pickel, Pollack, Müller, Jacobs, Osteuropas Bevölkerung 41; 56; 75f; 96; 105; 163f.

⁸⁵ Claus Leggewie, Denken und Gedenken, in: Die Presse. Spektrum, 22. Juli 2006.

⁸⁶ Josef Kirchengast, Auch mit den Schmutzkindern, in: Der Standard, 29. Juni 2006. Im Zusammenhang damit wird auf die negativen Vorbilder Italien und Österreich verwiesen.

⁸⁷ Die „rückschrittliche Entwicklung“ seit 1998 zeigt sich sowohl im Umgang mit bürgerlichen Freiheiten und politischen Rechten als auch in der „großen Popularität antidemokratischer Haltungen“. Pickel, Pollack, Müller, Jacobs, Osteuropas Bevölkerung 36f; 160. Eine Folge der Politik des Kremls seit 1999 ist eine Reduktion des Parteienpluralismus zugunsten der Vormachtstellung einer „Partei der Macht“. Vladimir Gel'man, From „feckless pluralism“ to „dominant power politics“? The transformation of Russia's party system, in: Democratization 13 (2006) 4, 545–561.

tisch⁸⁸ auftretenden Russlands unter Putin und auch die zögerliche Haltung der EU gegenüber der nach der „Orangen Revolution“ Ende 2004 und dem Sieg der „Gegenreformer“ 2006 weiterhin zwischen West und Ost hin- und hergerissenen Ukraine⁸⁹ destabilisierende Momente darstellen, bildet der bevorstehende EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens⁹⁰ einen neuen Schritt zu Demokratie, Menschenrechten und Wohlstand in Südosteuropa und gibt ein Plan zur Auslieferung der wegen Kriegsverbrechen in Bosnien gesuchten serbischen Hauptangeklagten zur Hoffnung Anlass, dass auch Serbien nicht zu einem „Schwarzen Loch“⁹¹ Europas wird.

Trotz dieser widersprüchlichen Signale steht außer Zweifel, dass für Ost(mittel)europa und Europa insgesamt mit dem Umbruch nach 1989 die in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges begonnene Epoche zu Ende gegangen ist. Es gilt, Rückschau zu halten und bei der nunmehr möglichen gesamteuropäischen Synthese die (trans)nationale Geschichte Ost(mittel)europas vergleichend oder/und verflechtend zu berücksichtigen. Wenn die im vorliegenden Band gesammelten Gedanken, Fallstudien und Teilergebnisse dazu Anregungen, Hinweise und Detailinformationen liefern können, ist sein Ziel erfüllt.

Der Dank der Herausgeber gilt der Historischen Kommission der ÖAW als Veranstalterin des „Ateliers Geschichte“, Dr. Hans Peter Hye für dessen reibungslose Organisation, Univ. Prof. Dr. Arnold Suppan, der das Entstehen des Buches mit Rat und Tat förderte, Univ. Prof. Dr. Rudolf Jaworski für seine freundlichen gutachterlichen Hinweise, Dr. Beata Blehova für ihre wertvollen Kommentare zum Manuskript, Dr. William D. Godsey Jr. für die Redaktion der englischsprachigen Beiträge, der ÖAW sowie dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur für die Finanzierung und dem Verlag der ÖAW für die kompetente Betreuung des Bandes.

⁸⁸ Gerhard Mangott, Dmitrij Trenin, Martin Senn, Heinz Timmermann, Russlands Rückkehr. Außenpolitik unter Vladimir Putin (Baden 2005) 261; zum zwischen EU und Russland gelegenen „Konfliktfeld“ 115f und 240–260.

⁸⁹ Winfried Schneider-Deters, Die palliative Ukrainepolitik der EU. Ein Plädoyer für ein neues Denken, in: Osteuropa 55 (2005) 1, 50–63; Philipp Ther, Bruch im Innern, Druck von außen, in: Le Monde Diplomatique, Februar 2006. Zur Radawahl 2006: Josef Kirchengast, Kiews Ostverschiebung, in: Der Standard, 19. Juli 2006.

⁹⁰ Nicolas Wood, Road to jobs winds through Bulgaria, in: New York Times, 23. Juli 2006.

⁹¹ Arnold Suppan, Schwarzes Loch oder Pulverfass? Der (westliche) Balkan 2004/2005, in: Konrad Clewing, Oliver Jens Schmidt (Hgg.), Südosteuropa. Von vormoderner Vielfalt und nationalstaatlicher Vereinigung. Festschrift für Edgar Hösch (München 2005) 477–511.